

- 4. Sicherung der Kassen.
- 5. Die Pressefreiheit ist gewährleistet unter der Voraussetzung, daß die Presse, Redaktionen und Verlag sich durch Unterzeichnung verpflichten, die amtlichen Publikationen in der nächstfolgenden Nummer an erster Stelle zu veröffentlichen.
- 6. Die Verpflegung der Soldaten erfolgt kompanieweise. Die Urlauber sind verpflichtet, sich für die Befehle des Soldatenrates bereitzuhalten. Die Urlauber, die in die Heimat entlassen werden wollen, können nach der Entlassung nach Hause entlassen werden. Soweit sie Truppenteile angehören, die bereits durch Soldatenräte organisiert sind, werden sie diesen überwiesen. Zu diesem Zwecke wird eine Bahnhofskontrolle eingerichtet.
- 7. Der Telefonverkehr ist freigegeben. Ueber Telegramme wird militärische Zensur ausgeübt.
- 8. Die Forderung, daß die Offiziere sich den Befehlen des Soldatenrates unterwerfen müssen, wird aufrechterhalten. Offiziere, die sich dem nicht unterwerfen wollen, können gegen Abgabe des Ehrenwortes, daß sie nichts gegen dem Arbeiter- und Soldatenrat unternehmen wollen, entlassen werden. Brechen sie das Ehrenwort, so sind sie zu verhaften.

Beschlüsse des engeren Arbeiter- und Soldatenrates zu Leipzig.

Der engerer Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats zu Leipzig hat in seiner Sitzung vom 10. November folgende Beschlüsse gefasst, die für den ganzen Bezirk des 10. Armeekorps Gültigkeit haben:

- 1. Aufrechterhaltung der militärischen Formationen.**
Die Forderung der allgemeinen Maßnahmen und der Publikationen des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgt durch die beiden Vorsitzenden des engeren Ausschusses, Lipinski und Geschwandtner. Militärisch-technische Anordnungen werden allein von Geschwandtner geschickt.
Eine viergliedrige Kommission ist gebildet, um die militärisch-wirtschaftlichen Betriebe des Generalkommandos in die zivile Gewalt zu übernehmen.
- 2. Die Versammlungsfreiheit ist völlig gewährleistet.** Jeder ist berechtigt, auf öffentlichen Plätzen und in Räumen Versammlungen abzuhalten unter Gewährleistung der Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs und der Ordnung. Argwohniger Anmeldung und Überwachung bedarf es nicht.
Die Pressefreiheit ist gewährleistet, Rezensurverfahren bestehen nicht. Sämtliche Publikationen des Arbeiter- und Soldatenrats sind an erster Stelle ungetarnt in den nächsten Ausgaben der Zeitungen zu veröffentlichen.
- Der Telefon- und Telegraphenverkehr ist freigegeben.**
- 3. Die Soldaten der Garnisonen sind dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt.** Die militärischen Formationen bleiben aufrechterhalten.
Die Soldaten wählen kompanieweise je zwei Soldatenräte und einen Führer.
Der Nacht- und Arbeitsdienst ist vorläufig bis auf weitere Anweisung in der alten Weise aufrechterhalten.
Die Verpflegung erfolgt wie bisher in den Kompanien.
- 4. Die Offiziere haben sich den Befehlen des Arbeiter- und Soldatenrats zu unterwerfen.**
Offiziere, die sich nicht unterwerfen wollen, können gegen Abgabe des Ehrenwortes, daß sie nichts gegen den Arbeiter- und Soldatenrat unternehmen wollen, entlassen werden. Brechen sie das Ehrenwort, so sind sie zu verhaften.
- 5. Jede Plünderung und Veräußerung öffentlichen und militärischen Eigentums ist verboten.** Jeder, der bei Plünderungen und Veräußerungen öffentlichen und militärischen Eigentums betroffen wird, wird streng bestraft.
Requisitionen dürfen nur von Personen vorgenommen werden, die sich durch einen Ausweis des Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats besonders ausweisen.
Requisitionen bei Privatpersonen dürfen nicht stattfinden, wenn sie nicht aus Gründen des Sicherheitsdienstes oder im öffentlichen Interesse nötig sind. Auch dazu bedarf es eines besonderen Ausweises, unterzeichnet vom Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats.
Leipzig, 10. November 1918.
Arbeiter- und Soldatenrat zu Leipzig. Engerer Ausschuss.
Lipinski, Geschwandtner.

Dringende Mahnung an die Bevölkerung Leipzigs!

Wenn die Ernährung, die ohnehin seit Jahren schwierig ist, nicht vollständig versagen soll, so muß die Bevölkerung unter allen Umständen den Einkauf der Nahrungsmittel nach dem Markensystem aufrechterhalten. Wer dies nicht tut, gefährdet nicht nur seine Ernährung, sondern er gefährdet auch die revolutionären Erfolge der Arbeiterschaft.
Folge jeder unbedingten dieser Mahnung und verlange unter keinen Umständen, daß ihm die Lebensmittelhändler ohne Marken Lebensmittel herausgeben, insbesondere verlange man dies nicht von den Bäckern.
Der Arbeiter- und Soldatenrat wird mit dem städtischen Ernährungsamt zusammen dahin wirken, soviel wie möglich Lebensmittel nach Leipzig zu bekommen, so daß die Knappheit überwunden werden wird.
Der Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig.

Sicherheitsdienst.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig bestimmt im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

1. Waffen und Munition dürfen nur von Personen getragen werden, die von der unterzeichneten Stelle bestimmt sind und den Ausweis des Sicherheitsdienstes bei sich haben.
2. Erkennungszeichen des Sicherheitsdienstes ist rote Armbinde mit Aufschrift „Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrats“.
3. Der Arbeiter- und Soldatenrat erteilt den Unterzeichneten die volle Befehlsgewalt in den angegebenen Einzelheiten.
4. Es werden Kompanien des Sicherheitsdienstes formiert, welche heute den regelmäßigen Nachdienst im Stadtgebiet übernehmen, sowie ein vereintener Patrouillendienst im Bereich der Armishauptmannschaft.
5. Die vom Arbeiter- und Soldatenrat anerkannten Behörden, deren Dienstbereich vom Sicherheitsdienst betroffen wird, haben sich sofort mit der Dienststelle des Soldatenrats im Generalkommando in Verbindung zu setzen.
6. Die im Interesse des öffentlichen Dienstes und zur Kontrolle befohlenen Militärpersonen tragen am linken Arm eine weiße Binde mit der Aufschrift
Kontrolldienst
Arbeiter- und Soldatenrat,
Leipzig.

Diese Personen führen außer der Armbinde einen roten Ausweis bei sich, der von den Unterzeichneten unterzeichnet ist.
7. Den Anweisungen des Sicherheitsdienstes und Kontrolldienstes ist unter allen Umständen Folge zu leisten.
8. Die Vorschriften aller bisherigen militärischen und öffentlichen Dienststellen, sowie die Militärregeln, soweit diese nicht vom Arbeiter- und Soldatenrat eingeschränkt oder aufgehoben sind, bleiben im vollen Umfang in Kraft.
9. Wer das Leben der Bevölkerung und die öffentliche Sicherheit durch Mord, Gewalttat, Raub, Brandstiftung, Diebstahl oder in einer sonst gefährdet, daß die Größe der revolutionären Bewegung gefährdet oder eingeschränkt werden könnte, hat auf Grund der übernommenen Machtbefugnisse die allerhöchsten Strafen zu gewärtigen.
Leipzig, den 10. November 1918.
Der Arbeiter- und Soldatenrat. Sicherheitsdienst.
Gottl.
Garnisonkommando.
Kell, Platzmajor.
Rück, Lipinski. Ernst Geschwandtner.

Die Leipziger Offiziere unter dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Leipzig, 9. November. (Amtlich.) Heute nachmittag fanden zwischen dem Soldatenrat und den Offizieren des Generalkommandos ernste Verhandlungen über Punkt 3 der Forderungen des Soldatenrats statt. Diese Verhandlungen endeten damit, daß im Namen der Offiziere des Generalkommandos folgende Erklärung abgegeben wurde:
„Der Stadtschef und die Abteilungsleiter des bisherigen stellvertretenden Generalkommandos des 10. Armeekorps haben sich im Interesse der Allgemeinheit bis auf weiteres bereit erklärt, die gesamten Geschäfte des stellvertretenden Generalkommandos unter Aufsicht des Soldatenrats mit diesem weiterzuführen. Die Befehle, die seitens des stellvertretenden Generalkommandos gegeben werden, erfolgen im Namen des Soldatenrats und es muß ihnen unbedingt Folge geleistet werden.“
Leipzig, den 9. Nov. 1918.
Der am heutigen Abend tagende Große Arbeiter- und Soldatenrat nahm diese Erklärung entgegen und bekräftigte durch Abstimmung seinen Willen dahin, daß alle Handlungen der Offiziere des Generalkommandos der Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats bedürfen.

Mitteilungen des engeren Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.

Wahl eines Volkskommissars.
Der engerer Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates wählte den Genossen Seger zum Volkskommissar für die Stadt Leipzig und den Bezirk der Kreisshauptmannschaft Leipzigs. Er hat darüber zu wachen, daß die Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates zur Ausführung kommen.

Achtung, Soldaten!
Alle Soldaten haben sich unverzüglich in ihren bisherigen Kompaniestandorten einzufinden.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
gez. Geschwandtner.

Übernahme des Polizeiamts.
Genosse Scheib hat die Funktion des Polizeidirektors und der Polizei übernommen. Sein Dienststrauß befindet sich im Hauptpolizeigebäude, Wächterstraße.

Verlegung des Informationsbureaus des Soldatenrats.
Das Informationsbureau des Soldatenrates, das sich bisher im Volkshaus befand, ist in das Generalkommando verlegt worden.

Sanitätsdienst.
Die Herren Dr. Poply, Dr. Schauer und Dr. Simon sind mit der Übernahme des Sanitätsdienstes beauftragt worden.
Gefangenensfragen.
Die Gefangenen sollen vorläufig in den Lazarets gehalten werden, bis eine allgemeine Regelung in kürzester Frist getroffen ist.
Polizeistunde.
Als vorläufige Maßnahme wird beschlossen, die Polizeistunde in der bisherigen Weise aufrechterhalten. Der Schluss der Lokale tritt also 1/2 12 Uhr ein.
Stadtverordnetenwahlrecht.
Es ist eine Kommission gewählt worden, die Vorschläge zur Neugestaltung des Gemeindevahlrechts auszuarbeiten soll.

Sperrung des Paketverkehrs nach der Westfront.

Berlin, 9. November. (Amtlich.) „Der gesamte Privatpaketverkehr der Heeresangehörigen von der Ost- zur Westfront (Zeltpakete bis 10 Kilogramm, Frachtpakete über 10-50 Kilogramm) ist mit Rücksicht auf die Verkehrslage bis etwa Mitte November gesperrt. Die Wiederzulassung dieses Verkehrs wird festzulegen. Der Privatverkehr der Heimat zu den übrigen Fronten und der gesamte Verkehr vom Felde nach der Heimat bleibt bestehen.“ (Diese Verfügung ist noch von den alten Behörden getroffen worden.)

Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland.

Wien, 11. Nov. Der Staatsrat hat gestern Abend einstimmig den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland beschlossen. Der Anschluß wurde unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in Berlin gefaßt. Maßgebend dafür war auch der Umstand, daß die Kronländer, wie Tirol und Salzburg sich bereits für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen haben und daß diese Tendenz in allen deutschen Gebieten Österreichs, besonders in Böhmen, zahlreiche Anhänger besitzt.

Der Eintritt der Genossen Haase, Dittmann und Barth in die neue sozialistische Regierung neben den Vertretern der Rechtssozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg wird manchen braven Kämpfer unserer Partei mit Entsetzen, ja mit Beklörzung und bitteren Gefühlen erfüllt haben. Aber es ist auch wohl anzunehmen, daß alle diese Erbitterten sich bei näherer Betrachtung und Prüfung der toleranten Sachlage sagen werden, daß der verantwortungsvolle Schritt geschehen mußte, daß er unvermeidlich war.
Von dem, was wir gegen die Rechtssozialisten gesagt und geschrieben haben, von all dem haben wir — leider — kein Wort zurückzunehmen. Aber so scharf wir ihre Politik verurteilen mußten, so sehr wir unter ihren Handlungen und Unterlassungen gelitten haben, jetzt ist nicht die Zeit, daran zu denken. Jetzt gilt es, von dem, was die Politik der bislang Herrschenden verurteilt und verheert hat, zu retten, was noch gerettet werden kann. Und das ist nur möglich, wenn das Proletariat einig und geschlossen den furchtbaren Gefahren der Stunde die Stirn bietet, wenn es mit gesammelter Kraft die unendlich schwere Aufgabe auf sich nimmt, die jetzt bewältigt werden muß. Das ist die Erkenntnis, die allen, die den Dingen ernst und furchtlos ins Gesicht und auf den Grund gesehen hat.

Ein furchtbares Erbe ist dem stolzen, wertvollen Volk von dem zusammengebrochenen kapitalistischen System hinterlassen worden. Die Ernährungsschwierigkeiten türmen sich bergeshoch und drohen durch jegliche Unordnung, die die Volkserhebung im Gefolge haben könnte, ins Unabsehbare zu wachsen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind von einer Härte, gegen die die von Brest-Litowsk und Bukarest wie ein Kinderpiel erscheinen, von einer Härte, wie sie nur aus abgrundtiefer Haß und tiefingewurzelter Furcht zu begreifen ist, die der stuchwürdige Militarismus gegen Deutschland in der ganzen Welt wachgerufen hat. Nur der Sozialismus kann dem deutschen Volk die Kraft geben, aus diesen furchtbaren Verhältnissen wieder den Weg nach aufwärts, den Grund zu seinem Aufbau, zu einer besseren Zukunft zu finden. Nur die deutsche sozialistische Republik kann in den Proletariaten der Ententeländer die Bewegung werden, die stark genug ist, die Regierungen und herrschenden Klassen der Entente von einem brutalen Gewaltfrieden abzuschrecken und zu einem wirklichen demokratischen und bauenden Frieden zu zwingen.

Wer da gemeint hat, daß die Unabhängige Sozialdemokratie allein auf sich gestellt stark genug sei, um die Geschicke Deutschlands zu lenken, daß sie das ganze wertvolle Volk, das Proletariat der Hand- und Kopfarbeiter in der Revolution hinter sich zu bringen vermöchte, der hat sich, sofern er die Augen nicht vor unangenehmen Tatsachen abschließt, davon überzeugen müssen, daß dem nicht so ist. Daß die Rechtssozialdemokraten noch erhebliche Teile des Proletariats hinter sich haben, daß die reine Regierung der Unabhängigen Sozialdemokratie nur um den Preis der Spaltung des Proletariats im Bürgerrod und Waffenrod zu haben gewesen wäre. Es ist eine Tatsache, die bitter zu schlucken ist, die aber nicht wegzudisputieren ist, daß nicht kleine Teile des Proletariats, die über die Bedeutung der Differenzen zwischen den beiden Richtungen infolge der Einschränkung des gesprochenen wie geschriebenen Wortes unter dem Besagerungsstand nur mangelhaft unterrichtet sind, von diesen Differenzen nichts wissen wollen und einfach und dringlich die einige Aktion der Sozialisten beider Parteien fordern. Das gilt besonders von den Soldaten, die von all den politischen Vorgängen der letzten Jahre immer nur Bruchstücke erfahren haben. Gleich die ersten beiden Tage der Revolution in Berlin haben gezeigt, daß die Stimmung, die die einige Aktion beider Richtungen fordert, in der Arbeiterschaft und der Soldatenchaft sehr stark ist.

Der Verlauf der Bewegung in den Provinzen lehrt dasselbe. Vom Norden wie vom Süden, von Westen wie von Osten wird gemeldet, daß dort beide Richtungen der Sozialdemokratie zusammenwirken; in Kiel, in Hamburg, in München, in Nürnberg, überall ist es dasselbe Bild. Die Wucht der eifernden Tatsachen hat die gemeinsame Aktion erzwungen. Überall hat man erkannt, daß nur das gemeinsame Handeln die Kräfte gebären kann, die dem drohenden Chaos zu steuern vermögen.

Den Tatsachen muß man sich beugen — es geht nicht an, sie verbissen ignorieren zu wollen oder schmolend zur Seite zu gehen. Eine Partei, die in solcher Situation, wo glatte Weg alles auf dem Spiel steht, sich um die Verantwortung herumdrücken wollte, wo ihr ein Teil der Macht zufällt, würde das Vertrauen der Massen verlieren.

Die gemeinsame Aktion ist nicht die Einigung schlangweg. Die Unabhängige Sozialdemokratie bleibt als selbstständige Partei bestehen und hat jederzeit die Möglichkeit, wenn die Politik der Rechtssozialdemokraten nicht den notwendigen Anforderungen entspricht, das Verhältnis zu lösen. Die Genossen, die die Verantwortung für den schweren Schritt der Beteiligung an der Regierung übernommen haben, machen sich nicht die geringsten Illusionen über das Wesen der Rechtssozialdemokraten. Aber sie sagen sich, daß alles getan werden muß, um sie nach links zu drängen und sie dürfen darauf rechnen, daß die harten Tatsachen unsere Partei bei dieser Arbeit unterstützen werden.

Für das werktätige Volk gibt es jetzt nur eins: die Zähne zusammenbeißen und die Noie der Zeit ertragen mit ernster, gesammelter Entschlossenheit, gestärkt durch die Gewißheit, daß es sich aus eigener Kraft einen Weg aus dieser Hölle in ein besseres Land der vollen Freiheit und Gerechtigkeit zu bahnen vermag, wenn es die Errungenschaften der Novembertage bewahrt. Die Gegenrevolution schläft nicht — jedermann unter uns sei sich bewußt, daß das göttliche Gut der politischen wie wirtschaftlichen Freiheit noch lange nicht sicher geborgen ist. Es heißt ständig auf der Wacht bleiben, auf alle Anschläge gefaßt und für alle Angriffe gewappnet zu sein. Und wenn beim Anblick der neuen Rangierung der Kampfreife, beim Einrücken an die Seite von Sozialisten, die er oft genug als Vertreter der Arbeiterbewegung bekämpft hat, alte Wunden zu schmerzen beginnen, der mehr Selbstüberwindung üben und diese Schmerzen jetzt unterdrücken wegen der schweren, drängenden Aufgabe der Stunde!

Es steht alles auf dem Spiel! Das deutsche Proletariat muß sich der großen und schweren Stunde würdig zeigen.